



RECHENSCHAFTSBERICHT MATHIAS STEIN, MdB

Meine!

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Auswirkungen auf viele unserer Lebensbereiche genommen. Aus diesem Grund haben wir so schnell wie möglich mehrere Entlastungspakete – u.a. mit Einmalzahlungen, Tankrabatt oder dem 9-Euro-Ticket – auf den Weg gebracht, um die Auswirkungen für Bürger*innen sowie Unternehmen abzufedern. Uns war und ist wichtig, dass niemand mit seinen und ihren Ängsten und Sorgen alleingelassen wird. Das werden wir auch weiterhin im Auge behalten.

Neben den neuen Herausforderungen, vor die uns der bewaffnete Konflikt in Europa gestellt hat, haben wir natürlich auch unsere Ziele aus dem Koalitionsvertrag, nicht aus den Augen verloren. In den ersten eineinhalb Jahren der Ampel-Koalition konnten wir schon viele sozialdemokratische Akzente setzen: Der Mindestlohn wurde auf 12 Euro erhöht, Hartz IV konnte auch gegen den Widerstand der Union im Bundesrat durch das Bürgergeld ersetzt werden, das Kindergeld wurde erhöht, die Renten stabilisiert und mit der Wohngeldreform haben wir dafür gesorgt, dass mehr Menschen Wohngeld erhalten können.

SPD Soziale
Politik für
Dich.

MEINE ARBEIT IM PARLAMENT UND IN DER FRAKTION

In dieser Legislaturperiode sitze ich für die SPD-Bundestagsfraktion wieder als ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss. In der Arbeitsgruppe Verkehr betreue ich als Berichterstatter die Themen Rad- und Fußverkehr, Straßenverkehrsrecht und Verkehrssicherheit sowie den Bereich Binnenschifffahrt und Wasserstraßen. Neben meiner Tätigkeit im Verkehrsausschuss bin ich zudem stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss, im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für Tourismus.

Mit Bezug auf die Arbeit des Verkehrsausschusses hat das „Deutschlandticket“ als Nachfolger des 9-Euro-Tickets für viel mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Ich bin sehr froh, dass Bund und Länder sich geeinigt haben und das Ticket im Mai 2023 starten konnte. Hierdurch wird nicht nur die Attraktivität des ÖPNV deutlich erhöht, sondern es ist auch ein wichtiger Schritt, um unsere Klimaziele zu erreichen. Nutzer*innen des ÖPNV werden deutlich finanziell entlastet. Zudem bietet das Ticket einen Anreiz zum Umstieg vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel.

Ein anderes Projekt bekommt noch nicht so viel mediale Aufmerksamkeit, ist aber von großem Interesse für die Kommunen vor Ort und auch für mich persönlich das wichtigste verkehrspolitische Gesetz in dieser Legislaturperiode: die Reform des Straßenverkehrsrechts. Aktuell wird das Thema zumeist unter der Überschrift „Tempo 30 ja oder nein“ diskutiert, tatsächlich geht es aber darum,

Kommunen generell mehr Einfluss- und Entscheidungsspielräume für Verkehrsmaßnahmen bei sich vor Ort zu geben, damit sie z.B. Gefahrensituationen individuell und bedarfsorientiert entschärfen können. Damit später die Straßenverkehrsordnung (StVO) mit ihren strengen Vorgaben für Geschwindigkeitsbegrenzungen, Bedarfsampeln und Radwege geändert werden kann, müssen wir im Deutschen Bundestag aber erst das Straßenverkehrsgesetz (StVG) modernisieren, in dem die Interessen des motorisierten Verkehrs aus einer historischen Entwicklung heraus Vorrang vor allem anderen hat. Den Kabinettsbeschluss hat das Ministerium für Mai angekündigt, im Anschluss daran starten wir dann nach einer langen Wartezeit endlich in das parlamentarische Verfahren, das ich als zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion federführend verantworte.

Wie ihr wisst, liegt mir insbesondere das Fahrrad sehr am Herzen. Fakt ist, je besser die Radinfrastruktur, desto mehr Menschen nutzen für ihre alltäglichen Wege das Rad. Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen daher finanziell beim Aufbau attraktiver Radverbindungen. Es ist uns gelungen, die Mittel für das Förderprogramm „Stadt & Land“ bis 2028 im Bundeshaushalt zu sichern. Gerade finanzschwache Kommunen sind nicht nur auf das Geld, sondern auch auf Planungssicherheit angewiesen. Zusätzlich dazu wird auch der Bau von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen sowie für besondere „Leuchtturmprojekte“ wie Brückenschläge o.ä. weiter vom Bund gefördert.

Auch müssen im Vorfeld zur Legalisierung bzw. Entkriminalisierung von Cannabis einige verkehrspolitische Fragen geklärt werden, wie beispielsweise die Festlegung von Grenzwerten für beraushtes Fahren. Wir müssen sichergehen, dass hieraus keine negativen Konsequenzen für die Verkehrssicherheit entstehen. Hierzu befinde ich mich seit Mitte 2022 im engen Austausch mit meinen Fraktions- und Koalitionskolleg*innen sowie wissenschaftlichen Expert*innen.

Mit Blick auf die Wasserstraße liegt mein Fokus darauf, die Finanzierung für die notwendigen

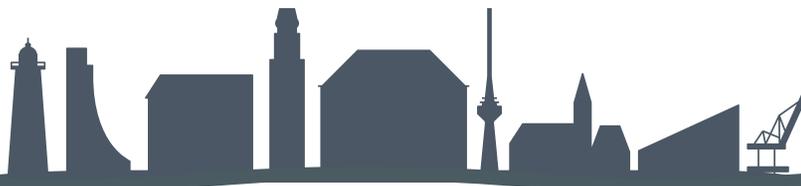
Infrastrukturmaßnahmen zu gewährleisten.

Beispielsweise gibt es an vielen Böschungen des Nord-Ostsee-Kanals Unterspülungen. Wenn die Böschungen durch die Unterspülungen abrutschen, droht der Kanal unbefahrbar zu werden. Deshalb wurde die Höchstgeschwindigkeit der Schiffe auf dem Kanal begrenzt. Diese verlängerten Fahrzeiten haben wirtschaftliche Folgen für die Reedereien. Ich habe mich deshalb beim Bundesverkehrsministerium dafür eingesetzt, dass die Befahrensabgabe reduziert wird, um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden. Der Einsatz hat sich gelohnt: Die Befahrensabgabe wird ab Juli 2023 halbiert. Nun müssen wir dafür sorgen, dass der nächste Bundeshaushalt ausreichend Mittel zur Sanierung bereithält. Wir brauchen ein modernes Wasserstraßennetz, das mehr Güterverkehr aufnehmen kann und somit einen Beitrag dazu leistet, unsere Klimaziele zu erreichen.

Neben meiner Arbeit in der Arbeitsgruppe und im Ausschuss engagiere ich mich als Sprecher und Koordinator in der überfraktionellen Parlamentsgruppe Binnenschifffahrt, bin Sprecher und Vorstandsmitglied im Parlamentskreis Fahrrad und bin als „Festmacher“ Mitglied in der sogenannten Küstengang, in der ich mich mit den anderen Abgeordneten der norddeutschen Küstenländer über alle Themen rund um die Nord- und Ostsee austausche. Zudem bin ich stellvertretender Vorsitzender der deutsch-nordischen Parlamentariergruppe und innerhalb der SPD-Fraktion Mitglied der Parlamentarischen Linken.



FOTO: FIONN GROSSE



MEINE ARBEIT IM WAHLKREIS

Wenn in Berlin keine Sitzungswoche ist, verbringe ich meine Zeit in Kiel und Umgebung, komme mit Menschen ins Gespräch oder suche den direkten Austausch mit Vereinen und Unternehmen.

Fördermittel für den Wahlkreis

Im vergangenen Jahr ist es mir gelungen im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms 385.000,00 Euro für die Sanierung der Synagoge der Jüdischen Gemeinde Kiel und Region e.V. nach Kiel zu holen. Seit 1999 nutzt die Jüdische Gemeinde das Gebäude in der Wikingerstraße 6 als Synagoge und Gemeindezentrum. Um den Bedarf der Gemeinde zu decken und den Anforderungen an Barrierefreiheit und Brandschutz gerecht zu werden, ist ein Anbau notwendig. In diesem wird die Synagoge und der Gemeindeforum untergebracht werden. Ohne finanzielle Unterstützung wäre das alleine für die Gemeinde nicht zu stemmen gewesen.

Weiterhin bekam die Stadt Kiel 1.943.100,00 Euro aus dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimaschutz“. Die Mittel werden in den Ausbau des Schützenparks in-

vestiert. Ziel ist, die blau-grüne Infrastruktur aufzuwerten. Der Schützenpark nimmt als eine von zwei dokumentierten Luftleitbahnen der Stadt eine wichtige Funktion für Kiels Luftzufuhr ein. Das Konzept sieht vor, bis 2026 unter anderem die Schlammsschicht im Teich zu entfernen. Hierdurch verbessert sich der Sauerstoffhaushalt und neue Tier- und Pflanzenarten können angesiedelt werden. Zusätzlich werden die Eingangsbereiche neu gestaltet und das Wegenetz überarbeitet, damit Fußgänger*innen und Radfahrer*innen den Park ohne Konflikte durchqueren können. Mithilfe der Bundesmittel kann nun ein schöner Rückzugs- und Aufenthaltsort für die Kieler*innen entstehen.

Ansprechpartner vor Ort

Mir ist es wichtig, für die Bürger*innen in meinem Wahlkreis ansprechbar zu sein – sowohl bei regelmäßigen Sprechstunden in meinem Wahlkreisbüro „Dock1863“ in der Medusastraße 16 in Kiel-Gaarden, als auch jederzeit ganz ungezwungen auf der Straße. So kam ich mit vielen Bürger*innen zu den unterschiedlichsten Themen ins Gespräch – von Energiepreisen, über Fragen zum Bürgergeld bis hin zum Thema Kindergrund-sicherung.



FOTO: KAI AMMERMANN

2022 habe ich auch erstmals das Tiny Rathaus genutzt, um Bürger*innensprechstunden anzubieten. Das Tiny Rathaus ist ein Projekt, das die Stadtverwaltung neu denkt und bietet Interessierten die Möglichkeit direkt mit den Bürger*innen in den einzelnen Stadtteilen ins Gespräch zu kommen – ein Angebot, das ich auf jeden Fall wieder nutzen werde.

Im vergangenen Jahr habe ich natürlich auch analoge und digitale Diskussions- und Informationsveranstaltungen angeboten: Im Rahmen einer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung habe ich beispielsweise eine Diskussion zum Thema „Bürger*innenbeteiligung“ veranstaltet. Eigentlich sollte diese zusammen mit meinem Bochumer Kollegen Axel Schäfer stattfinden, allerdings war dieser gesundheitsbedingt ausgefallen und Kristian Klinck aus Plön ist kurzfristig eingesprungen.



FOTO: KAI AMMERMANN

Zusammen mit Serpil Midyatli und Matthias Treu haben wir mit den Anwesenden über die Wichtigkeit von Bürger*innenbeteiligung diskutiert und konnten allgemeine Fragen, beispielsweise zu Waffenlieferungen an die Ukraine, besprechen.

Kurz nach der Kollision des Frachters „Meri“ mit der Holtenauer Hochbrücke im Dezember 2022 war für mich klar, dass die Betroffenen schnell über weitere Handlungsschritte informiert werden müssen. Deshalb habe ich eine digitale Informationsveranstaltung angeboten, bei der auch Expert*innen aus dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr zu Wort kamen.



FOTO: KAI AMMERMANN

Weiterhin war ich beim Zukunftsfestival „Kiel Kann Mehr“ mit einem Spiel zu Lieferketten vertreten oder habe im September 2022 ein Frühstück auf der Veloroute 10 veranstaltet.

Im April 2023 habe ich zusammen mit Ulf Kämpfer einen Stadteilspaziergang veranstaltet. Auf dem Spaziergang haben wir u.a. über Bundesförderungsmittel gesprochen oder auch über die Pläne für die Kieler Innenstadt.

Anfang Mai 2023 habe ich zudem eine Online-Veranstaltung zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz für Mitarbeiter*innen der Kieler Hochschulen angeboten. Hierfür konnte ich meine Kollegin Dr. Carolin Wagner gewinnen, die als Berichterstatterin für das Gesetz zuständig ist.

ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER WISSENSCHAFT VERBESSERN!

STEIN

LÄDT

EIN

**ZOOM VERANSTALTUNG
MIT DR. CAROLIN WAGNER**

03. Mai | 16:15 Uhr

FOTO: KAI AMMERMANN



BETRIEBSBESUCHE UND GESPRÄCHSTERMINE

Der regelmäßige Austausch mit den unterschiedlichsten Verbänden und Initiativen liegt mir am Herzen. Ich habe ein offenes Ohr für deren Forderungen, stelle aber auch meine Ziele und Ideen dar.

Im August 2022 war ich beispielsweise zusammen mit Michael Wahl (Faire Mobilität) und Nicolai Franke (Gewerkschaftssekretär von ver.di) auf dem LKW-Parkplatz am Kieler Ostufer. Hier haben wir uns mit den LKW-Fahrern über ihre Situation ausgetauscht und u.a. über ihre prekären Arbeitsbedingungen gesprochen. Das Treffen hat mir noch einmal verdeutlicht, wie wichtig es ist, die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus den osteuropäischen Nachbarstaaten zu verbessern. Auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sind die Unternehmen in der Pflicht, auf Dumpinglöhne zu verzichten und beim Arbeitsschutz nachzubessern. Um die aktuelle Arbeitsmarktlage in Kiel ging es beispielsweise auch bei

meinem Gespräch mit der Kieler Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Kiel.

Da ich im Verkehrsausschuss als Berichterstatter für Straßenverkehrsrecht und Verkehrssicherheit zuständig bin, habe ich mich mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg getroffen. In dieser Position fallen auch Führerscheine, Fahrschulen und Fahrlehrerrecht in meinen Aufgabenbereich. Um mich über die aktuelle Situation in Bezug auf theoretische und praktische Prüfung zu informieren, habe ich den Austausch mit Vertreter*innen des TÜV Nord in Kiel gesucht.

Als gelernter Wasserbauer und Berichterstatter für die Binnenschifffahrt und Wasserstraßen habe ich mich im Februar 2023 mit der Bundesanstalt für Wasserbau getroffen, um das Thema Elbvertiefung zu diskutieren.

BETREUUNGSWAHLKREIS

In dieser Legislaturperiode betreue ich für die SPD-Bundestagsfraktion den Kreis Dithmarschen, da Dithmarschen in dieser Legislaturperiode keine direkte SPD Vertretung im Bundes- oder Landtag hat.

Zur besseren Vernetzung und vereinfachten Absprachen habe ich Ende 2022 einen „Jour Fixe-Dithmarschen“ ins Leben gerufen. Hier tausche ich mich monatlich mit den SPD-Bürgermeister*innen, den betreuenden Landtagsabgeordneten und mit dem Vorsitzenden der Dithmarscher SPD über die aktuelle Situation im Kreis aus.

Als betreuender Bundestagsabgeordneter habe ich im Dezember 2022 zusammen mit Serpil Midyatli einen Tag im Kreis Dithmarschen verbracht. Gestartet sind wir beim Förderbetrieb Holstein der Firma Wintershall Dea. Die Landstation ist für die Aufbereitung von Öl zuständig, das über die Bohr- und Förderinsel Mittelplate gewonnen wird. Neben dem Austausch über die Produktion ging es auch um Themen wie Umweltschutz und Fachkräftemangel. Im Anschluss ging es weiter nach Heide zum Kreisverband Dithmarschen des Sozialverbandes Deutschland. Hier konnten wir mit den Mitarbeitenden über ihre Arbeit sprechen. Für 2023 stehen schon weitere Besuchstermine im Kreis Dithmarschen in meinem Kalender.

Auch habe ich mich im Mai 2023 zusammen mit meiner Kollegin Dorothee Martin mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Nord-Ostsee-Kanal in Kiel-Holtenau getroffen, wo wir nicht nur über den geplanten Neubau gesprochen haben, sondern auch die Auswirkungen des Fachkräftemangels auf die Behörde thematisiert haben.

PRAKTIKA

Für mich ist wichtig, selbst einen Einblick in verschiedene Berufe zu erhalten. So durfte ich im vergangenen Jahr die Fahrradstaffel der Kieler Polizei einen Tag bei ihrer Arbeit begleiten. Zudem habe ich einen Tag bei der betreuten Grundschule Heidenberger Teich verbracht.

Natürlich biete ich auch jungen Menschen die Möglichkeit einen Einblick in meine Arbeit zu erhalten. 2022 und 2023 hatte ich mehrere Praktikant*innen, die mir in Kiel und Berlin bei meiner Arbeit über die Schulter geschaut haben.



FOTO: KAI AMMERMANN

TRANSPARENZ

Als einer der Unterzeichner*innen des Verhaltenskodex für Abgeordnete bin ich eine freiwillige Selbstverpflichtung für Abgeordnete eingegangen. Der Kodex verpflichtet zu Transparenz und klaren Regeln und geht weit über die bestehenden Regularien hinaus. Alle Unterzeichner*innen verpflichten sich u.a. dazu, Nebeneinkünfte zu begrenzen und vollständig offenzulegen, Treffen mit Lobbyisten*innen zu veröffentlichen, keine Geschenke anzunehmen sowie sich für ein verbindliches Lobbyregister einzusetzen. Um für die Bürger*innen transparent zu machen, mit welchen Verbänden, NGOs und anderen Lobby-Gruppen ich mich wann treffe, dokumentiere ich die Gespräche in einer regelmäßig aktualisierten Übersicht unter: mathias-stein.de/lobbytermine.

Es liegen keine Einnahmen aus beruflicher Tätigkeit vor und es bestehen keine Nebeneinkünfte. Es bestehen keine Abmachungen mit außerparlamentarischen Interessen, aus denen sich persönliche Vermögensvorteile ergeben und ich nehme keine persönlichen Spenden an.

MITGLIEDSCHAFTEN

- Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club e.V. (ADFC)
- Arbeit für Menschen mit Behinderung e.V.
- Arbeiterwohlfahrt (AWO)
- Automobilclub Europa e.V. (ACE)
- Baugenossenschaft Mittelholstein eG
- Deutsches Jugendherbergswerk e.V.
- Forum DL 21
- Freundeskreis Günter-Grass-Haus Lübeck e.V.
- Gesellschaft für Jugendeinrichtungen e.V.
- Ingenieurverband Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
- Initiative KIEL Canal e.V.
- Interessengemeinschaft Bethlehem-Kirche Kiel-Friedrichsort e.V.
- Kasseler Kreis e.V.
- StattAuto e.G.
- Kulturforum Schleswig-Holstein e.V.
- Maritimes Viertel e.V.
- Proms Nord e.V.
- Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold e.V.
- SJD – Die FALKEN
- Sozialverband Deutschland e.V.
- SPD
- Tram für KIEL e.V.
- ver.di
- Volksbühne Kiel e.V.

Abgeordnetenentschädigung (steuerpflichtig)	10.323,29 € / Monat
Zahlung an gesetzliche Krankenkasse (Vivida BKK)	844,14€ / Monat
Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung	378,78 € / Monat
Kostenpauschale (steuerfrei) für Büro-, Reise-, Unterkunfts-, Kommunikationskosten, Mehrkosten durch doppelte Haushaltsführung, mandatsbedingte Aufwendungen	4.725,48 € / Monat
Büromittel-Pauschale (steuerfrei) für Büromaterial, Software, technische Ausstattung, Internet, Briefpapier etc. (ungenutztes Budget verfällt am Jahresende)	12.000,00 € / Jahr
Mitarbeiterpauschale (Arbeitnehmer-Brutto) zur Beschäftigung von Mitarbeiter*innen in Berlin und Kiel, sie wird ohne Zugriff durch mich von der Bundestagsverwaltung überwiesen (ungenutztes Budget verfällt am Jahresende)	23.205,00 € / Monat (Stand: 1. April 2022)

Sonstige Vergünstigungen

- Netzkarte der Deutschen Bahn (1. Klasse)
- Flüge im Rahmen der Abgeordneten-tätigkeit (innerhalb Deutschlands)
- Fahrdienstbereitschaft in Berlin

Abgabe und Beiträge an die SPD

- Mandatsabgabe Bundes-SPD
168,89 €/Monat
- Mandatsabgabe Landes-SPD
650,00€/Monat
- Mitgliedsbeitrag SPD
317,63 €/Monat



mathias-stein.de



facebook.com/mathias.stein.spd



twitter.com/stonie_kiel



instagram.com/stein.mathias

Impressum

Mathias Stein, MdB

Bürgerbüro „Dock 1863“

Medusastraße 16, 24143 Kiel

0431/70542410

mathias.stein.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin:

030/227-78121

mathias.stein@bundestag.de

